

# Allgemeine Vertragsbedingungen

## Sanierungsbonus für Private 2023/2024 – Ein-/Zweifamilienhaus/Reihenhaus

### TS40/US/USKlimaaktiv

#### Allgemeines

1. Der Förderungsvertrag kommt mit der Übermittlung der Förderungszusage durch die Kommunalkredit Public Consulting GmbH rechtswirksam zwischen dem/der AntragstellerIn und der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie als „Förderungsgeber“, vertreten durch die Kommunalkredit Public Consulting GmbH, Türkenstraße 9, 1090 Wien zustande.
2. Allfällige Vertragsänderungen bedürfen der Schriftform. Mündliche Zusatzvereinbarungen werden nicht Bestandteil des Förderungsvertrages. Eine Änderung dieser Bestimmung kann nur schriftlich erfolgen.
3. Das Umweltförderungsgesetz BGBl. I Nr. 185/1993 idgF, die Richtlinien für die Umweltförderung im Inland idgF, das Informationsblatt und die häufig gestellten Fragen (FAQ) zur Förderungsaktion Sanierungsbonus für Private 2023/2024 Ein-/Zweifamilienhaus/Reihenhaus, der Förderungsantrag, insbesondere die im Online-Antrag gemachten Angaben und Bestätigungen, die als Upload beigefügten Unterlagen sowie die vorliegenden Allgemeinen Vertragsbedingungen (AVB) sind Grundlage und integrierender Bestandteil des Förderungsvertrages. Bei Widersprüchen gelten die Allgemeinen Vertragsbedingungen.
4. Als Gerichtsstand für alle Rechtsstreitigkeiten, die sich aus dem Förderungsvertrag inklusive seiner integrierenden Bestandteile ergeben, wird das sachlich zuständige Gericht in Wien, Innere Stadt, sowie die ausschließliche Anwendbarkeit österreichischen Rechts vereinbart.

#### Verpflichtungen

Der/Die FörderungsnehmerIn ist verpflichtet,

1. über die zugesagte Förderung weder durch Abtretung, Anweisung oder Verpfändung, noch auf eine andere Weise unter Lebenden zu verfügen;
2. die Förderungsmittel widmungsgemäß, wirtschaftlich, sparsam und zweckmäßig zu verwenden;
3. alle Ereignisse, die die Durchführung der Maßnahme(n) oder die Erreichung des Förderungszweckes verzögern, unmöglich machen oder deren Abänderung erfordern würden, der Kommunalkredit Public Consulting GmbH unverzüglich anzuzeigen;
4. die für die Durchführung, Errichtung, Umsetzung und den Betrieb der geförderten Maßnahme(n) erforderlichen behördlichen Bewilligungen rechtzeitig zu erlangen bzw. die Zustimmung durch den/die (Mit-)EigentümerInnen einzuholen;
5. dafür zu sorgen, dass die zu fördernde(n) Maßnahme(n) den spezifischen behördlichen und gesetzlichen Bestimmungen sowie dem Stand der Technik entspricht/entsprechen und die geförderte(n) Maßnahme(n) in der im Förderungsantrag dargestellten Art und Weise umgesetzt wird/werden;
6. sicherzustellen, dass für die Sanierungsmaßnahme(n) kein weiterer Förderungsantrag nach einem Bundesförderungsprogramm gestellt wurde oder wird;
7. die Kommunalkredit Public Consulting GmbH über alle Änderungen der geplanten Maßnahme(n) im Zuge der Ausführung unverzüglich zu informieren und die Zustimmung der Kommunalkredit Public Consulting GmbH dafür einzuholen;
8. den Organen der Kommunalkredit Public Consulting GmbH bzw. des Bundesministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie und den von diesen Beauftragten sowie den Organen des Rechnungshofes jederzeit Auskünfte (einschließlich Nachweise) hinsichtlich der geförderten Maßnahme(n) zu erteilen sowie vorgesehene Berichte zu erstatten. Zu diesem Zweck hat der/die FörderungsnehmerIn auf Aufforderung insbesondere die Einsicht in die Bücher und Belege sowie die sonstigen, der Überprüfung der Durchführung dienenden Unterlagen zu gewähren, Auskünften von Bezug habenden Banken und Finanzbehörden zuzustimmen sowie das Betreten von Grundstücken und Gebäuden während der üblichen Geschäfts- und Betriebsstunden und die Durchführung von Messungen und Überprüfungen zu gestatten. Diese vertragliche Verpflichtung gilt ab Endabrechnung für die Dauer von zehn Jahren, während dieses Zeitraumes sind alle Belege und Aufzeichnungen aufzubewahren.

#### Rückforderung der Förderung

Der/Die FörderungsnehmerIn ist verpflichtet, eine bereits gewährte Förderung über schriftliche Aufforderung ganz oder teilweise binnen 14 Tagen zurückzahlen und der Anspruch auf eine zugesicherte, aber noch nicht ausbezahlte Förderung erlischt, wenn:

1. Verpflichtungen, Auflagen und Bedingungen vom/von der FörderungsnehmerIn nicht eingehalten werden;
2. Organe oder Beauftragte der Kommunalkredit Public Consulting GmbH, des Bundesministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie oder des Rechnungshofes über wesentliche Umstände unrichtig oder unvollständig unterrichtet worden sind;
3. vorgesehene Berichte nicht erstattet oder Nachweise nicht erbracht oder erforderliche Auskünfte nicht erteilt worden sind, sofern in diesen Fällen eine schriftliche, entsprechend befristete und den ausdrücklichen Hinweis auf die Rechtsfolge der Nichtbefolgung enthaltende Mahnung erfolglos geblieben ist;
4. die geförderte(n) Maßnahme(n) nicht oder nicht rechtzeitig durchgeführt werden kann/können oder durchgeführt worden ist/sind;
5. die Richtigkeit der Endabrechnung innerhalb von zehn Jahren nach Abschluss der geförderten Maßnahme(n) nicht mehr überprüfbar ist, weil die Unterlagen aus Verschulden des Förderungsnehmers/der Förderungsnehmerin verloren gegangen sind;
6. der projektierte ökologische Erfolg der Maßnahme(n) für einen Zeitraum von zehn Jahren nicht oder nicht im projektierten Ausmaß eintritt;
7. die am geförderten Wohnobjekt durchgeführte(n) thermische(n) Sanierungsmaßnahme(n) rückgängig gemacht werden und dadurch der projektierte ökologische Erfolg nicht erzielt wird.

Bei Vorliegen eines Rückforderungsgrundes werden die zurückzuzahlenden Beträge vom Tage der Auszahlung an mit 4 vH pro Jahr unter Anwendung der Zinseszinsmethode verzinst.

Liegt dieser Zinssatz unter dem von der Europäischen Union für Rückforderungen festgelegten Zinssatz, ist der von der Europäischen Union festgelegte heranzuziehen. Für den Fall eines Verzuges bei der Rückzahlung der Förderung fallen Verzugszinsen mit 4 Prozentpunkten über dem jeweils geltenden Basiszinssatz, mindestens jedoch 4 vH, an. Der Basiszinssatz, der am ersten Kalendertag eines Halbjahres gilt, ist für das jeweilige Halbjahr maßgebend. Allfällige weitergehende gesetzliche Ansprüche, insbesondere auch einer Rückzahlungsverpflichtung gemäß § 30b Ausländerbeschäftigungsgesetz, BGBl. Nr. 218/1975, idgF, sowie sonstige zivilrechtliche Ansprüche bleiben hiervon unberührt. Von einer Einstellung oder Rückforderung kann in einzelnen Fällen abgesehen werden, wenn die Erreichung des Förderungszieles nicht gefährdet erscheint.

#### Datenschutz und Persönlichkeitsrechte

1. Der/Die AntragstellerIn nimmt zur Kenntnis, dass die Kommunalkredit Public Consulting GmbH sowie der Förderungsgeber berechtigt sind,
  - i. die im Zusammenhang mit der Anbahnung und Abwicklung des Vertrages anfallenden personenbezogenen Daten zu verwenden, wenn dies für den Abschluss und die Abwicklung des Förderungsvertrages, für Kontrollzwecke und die Wahrnehmung der gesetzlich übertragenen Aufgaben, einschließlich für statistische Zwecke im Zusammenhang mit dem Vollzug der Förderungen, erforderlich ist, sowie
  - ii. die für die Beurteilung des Vorliegens der Förderungsvoraussetzungen und zur Prüfung des Verwendungsnachweises erforderlichen personenbezogenen Daten über die von ihr oder ihm selbst erteilten Auskünfte hinaus auch durch Rückfragen bei den in Betracht kommenden anderen Organen des Bundes oder bei einem anderen Rechtsträger, der einschlägige Förderungen zuerkennt oder abwickelt, oder bei sonstigen Dritten zu erheben und an diese zu übermitteln sowie Transparenzportalabfragen gemäß § 32 Abs. 5 TDBG 2012 durchzuführen und
  - iii. erforderlichenfalls Daten, insbesondere an Organe und Beauftragte des Rechnungshofes (insbesondere gemäß § 3 Abs. 2, § 4 Abs. 1 und § 13 Abs. 3 des Rechnungshofgesetzes 1948, BGBl. Nr. 144/1948 idgF), des Bundesministeriums für Finan-

zen (insbesondere gemäß §§ 57 bis 61 und 47 Bundeshaus-  
haltungsgesetz 2013, BGBl. I Nr. 139/2009 idgF, sowie § 14 ARR  
2014), der EU nach den jeweiligen einschlägigen unionsrecht-  
lichen Bestimmungen (z.B. gemäß Anhang III der Allgemeinen  
Gruppenfreistellungsverordnung), an den Wirtschaftsprüfer  
zur Prüfung gemäß § 11 Abs. 9 UFG sowie zur Auswertung für  
Analysen gemäß § 14 UFG weiterzugeben, sowie

- iv. – sofern für die Wahrnehmung der gesetzlich übertragenen  
Aufgaben erforderlich – seinen/ihren Namen oder seine/ihre  
Firma unter Angabe der Rechtsform, seiner/ihrer Gemeinde,  
des Fördersatzes, des Barwerts der zugesagten Förderungs-  
summe, des Zweckes der Umweltförderung, des Titels des  
Projekts einschließlich der für die Förderung wesentlichen  
technischen Daten und des Ausmaßes der durch die Förde-  
rung angestrebten Umweltentlastung, gegebenenfalls auch  
unter Verwendung von Bildmaterial, nach Vertragsabschluss  
zu veröffentlichen und zu diesem Zweck auch an Dritte zu  
übermitteln.
- 2. Der/Die AntragstellerIn stimmt zu, dass
  - i. sein/ihr Name unter Angabe seiner/ihrer Gemeinde, des För-  
dersatzes, des Barwerts der zugesagten Förderungssumme,  
des Zweckes der Förderung, des Titels des Projekts einschließ-  
lich der für die Förderung wesentlichen technischen Daten  
und des Ausmaßes der durch die Förderung angestrebten  
Umweltentlastung, gegebenenfalls auch unter Verwendung  
von Bildmaterial, nach Vertragsabschluss veröffentlicht und  
zu diesem Zweck auch an Dritte übermittelt werden kann;
  - ii. die Daten gemäß Ziffer 2 (i) sowie die sonstigen im Zusammen-  
hang mit der Anbahnung und Abwicklung des Vertrages  
anfallenden personenbezogenen Daten zu statistischen Zwe-  
cken im Zusammenhang mit der Förderung an sonstige Dritte  
übermittelt werden können,

wobei die Zustimmung verweigert werden kann oder ein Widerruf jeder-  
zeit möglich ist und die Unzulässigkeit der Verarbeitung oder Übermitt-  
lung dieser Daten ab Widerruf bewirkt wird.

Der/Die AntragstellerIn garantiert, dass er/sie für die übermittelten Da-  
ten Dritter die entsprechenden Einwilligungen bezüglich Daten- und Per-  
sönlichkeitsschutz eingeholt hat.

## Bestätigung

Der/Die AntragstellerIn erklärt für den Fall einer Förderungsgewährung  
die Bestimmungen des Umweltförderungsgesetzes BGBl. I Nr. 185/1993  
idgF sowie der Richtlinien für die Umweltförderung im Inland idgF anzu-  
erkennen und bestätigt, dass

1. er/sie eine Privatperson ist und es sich bei dem von den geförder-  
ten Maßnahmen betroffenen Objekt um ein Gebäude handelt, das  
rechtmäßig besteht und überwiegend für private Wohnzwecke ge-  
nutzt wird;
2. die Angaben im Rahmen der Antragstellung wahrheitsgemäß und  
die im Rahmen der Endabrechnung angegebenen Rechnungsbe-  
träge vollständig sind und sich diese nur auf erbrachte und in voller  
Höhe bezahlte Leistungen beziehen. Er/Sie nimmt zur Kenntnis,  
dass bewusste Falschangaben zu strafrechtlichen Konsequenzen  
führen können;
3. die Daten und Erklärungen, sowie die mit dem Förderungsantrag  
vorgelegten Unterlagen wesentliche Grundlage für die Förderungs-  
entscheidung bilden und damit wesentlich im Sinne des § 14 Abs. 1  
Z 1 der Richtlinien für die Umweltförderung im Inland sind;
4. die Gesamtsumme aller für die Maßnahme(n) beantragten und er-  
haltenen Förderungen die Investitionskosten nicht übersteigt.

## Auszahlungsbedingungen

1. Die in der Förderungszusage genannte vorläufige Förderung ist ein  
Maximalbetrag. Die abschließende Prüfung der Erfüllung der För-  
derungsvoraussetzungen sowie die Festlegung der endgültigen  
Förderungshöhe erfolgt auf Basis der Endabrechnung. Die Förde-  
rung wird als einmaliger Investitionskostenzuschuss ausbezahlt.
2. Die zugesicherte Förderung kann erst nach Erfüllung folgender Be-  
dingungen ausbezahlt werden:
  - 2.1. Die zu fördernde(n) Maßnahme(n) ist/sind in der beantrag-  
ten Art und Weise umzusetzen.
  - 2.2. Die im Informationsblatt zur Förderungsaktion Sanierungs-  
bonus für Private 2023/2024 Ein-/Zweifamilienhaus/Reihen-  
haus und in der Förderungszusage genannten Fristen für die  
Umsetzung der Maßnahme(n) und die Übermittlung der  
Endabrechnungsunterlagen sind einzuhalten.
  - 2.3. Die Endabrechnungsunterlagen sind unter Verwendung der  
zur Verfügung gestellten Formulare mit allen zur Beurteilung  
erforderlichen Unterlagen in detaillierter und nachvollzieh-  
barer Darstellung vorzulegen.
  - 2.4. Die Höhe der beantragten Kosten und die Durchführung der  
Maßnahme(n) sind durch Vorlage geeigneter Unterlagen  
(Rechnungen befugter Unternehmen, die auf den Namen  
des Förderungsnehmers/der Förderungsnehmerin lauten),  
sowie einer Bestätigung, dass die Maßnahme(n) in der bean-  
tragten Art und Weise umgesetzt wurde(n), nachzuweisen.